PETER RIGAUD / LAIF

Boom-Metropole München: *Wachstum bis in die Speckgürtel*

DEMOGRAFIE

Tod auf Raten

Die Entvölkerung ganzer Landstriche hat den Westen erreicht, Randgebiete und alte Industriestandorte verkümmern. Wie in Ostdeutschland werden die Regierenden ihre Förderpolitik auf wenige Vorzeigeregionen konzentrieren müssen – mit dramatischen Folgen für das platte Land.

Bloß nicht aufregen – das Herz. Seine Frau schaut schon besorgt um die Ecke. Seit dem Infarkt im vergangenen September muss Josef Daum aufpassen. Aber das ist leicht gesagt. Er ist Bürgermeister von Nordhalben im bayerischen Frankenwald. Wie soll man sich da nicht aufregen?

Allein die Zahlen. 85 von 820 Häusern stehen leer. Früher lebten hier 3000 Menschen, jetzt sind es 1900. Die alten Leute sind gestorben, niemand kam nach. „Und da drüben“, Daum zeigt auf ein mintgrünes Einfamilienhaus, „da wohnt auch keiner mehr.“

Die Großbäckerei ist in den Osten gezogen, vor der einstigen Gartenmöbelfabrik wuchert der Löwenzahn, im letzten Jahr hat Edeka dichtgemacht, die Bahnlinie gibt es seit 1994 nicht mehr.

Und dann das Geld. Die meisten Zuweisungen des Staates sind an die Einwohnerzahl gekoppelt, und die Menschen wandern nun einmal ab. Nordhalben hat sich für seinen Verwaltungshaushalt 3,5 Millionen Euro pumpen müssen. „Wir nehmen jetzt Kredite auf, um unsere Kredite zu bezahlen“, stöhnt Daum, „in der Wirtschaft ist das eine klassische Insolvenz.“ Ach ja, und seine Tochter ist inzwischen nach München gezogen. Weil es da Arbeit gibt.

Nordhalben ist ein sterbendes Gemeinwesen. Obwohl es in Bayern liegt. 3,5 Milliarden Euro hat der Freistaat gerade wieder an ärmere Bundesländer überwiesen. Als Land mit der höchsten Kaufkraft, dem größten Wirtschaftswachstum, der niedrigsten Arbeitslosenquote und dem größten Selbstbewusstsein.

Und doch – Bayern erodiert. Für die Schweizer Wirtschaftsforscher von Prognos ist es bereits jetzt das Land „mit den größten Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen“. Hier die Schickeria, dort die „Problemlagen“. In München explodierende Immobilienpreise, in Nordostbayern steigende Landflucht.

Es ist ein Spiegelbild der grandiosen Landschaft: hohe Berge, tiefe Täler.

Die Politik kann kaum noch gegensteuern. Ministerpräsident Horst Seehofer hat einen „Zukunftsrat“ mit dem Problem betraut, und dessen Ratschläge versetzen seit Wochen ganze Volksstämme in Aufruhr. Der frühere CSU-Chef Erwin Huber beschwört den „Selbstbehauptungswillen“ seiner Landsleute, der Passauer Landtagsabgeordnete Konrad Kobler wütet gegen die drohende „Liquidation Niederbayerns“, die Liberalen fürchten eine „Kriegserklärung an die Provinz“.

Was ist passiert? Der Seehofer-Rat hat vorgeschlagen, „potente Städte“ sollten zu überregionalen Leistungszentren ausgebaut werden. Fördergelder müssten in diese „Cluster“ fließen und weniger ins weite Land. „Weitermachen wie bisher“ könne keine Option mehr sein. „Spezielle Gebiete“ sollten sich schon mal grenzübergreifend „orientieren“: Oberfranken müsse mit Sachsen zusammenarbeiten, Passau mit Österreich, Würzburg mit Frankfurt. Die „speziellen Gebiete“ haben die Botschaft verstanden: Sie fühlen sich aufgegeben.

Es ist ein Gefühl, das in Deutschland um sich greift. Die Verödung ganzer Landstriche, lange Zeit ein Phänomen im Osten Deutschlands, hat den Westen still und leise erreicht. In 38 von 324 westdeutschen Regionen überwiegen laut Prognos inzwischen die Zukunftsrisiken die Zukunftschancen. Die Zahl hat sich

ECKERT-POPP / ULLSTEIN BILD

Stillgelegter Bahnhof im bayerischen Nordhalben: *Auf dem Land steht höchstens noch das Ferienhaus*

in den vergangenen drei Jahren mehr als verdoppelt. Randgebiete in Hessen, Niedersachsen und Bayern fallen immer weiter zurück, alte Industriestandorte wie im nördlichen Ruhrgebiet werden wohl schwer wieder auf die Beine kommen. Leerstände ruinieren die Kommunen, die zudem auch noch vergreisen.

Deutschland schrumpft – allein in den vergangenen acht Jahren um 770 000 Menschen. Seriöse Studien prophezeien, dass es in 50 Jahren bis zu 17 Millionen Deutsche weniger geben wird als heute. 2060 wird jeder Siebte zudem 80 oder älter sein. Zuwanderer, die den mangelnden Fortpflanzungswillen der Deutschen bisher ausgeglichen haben, bleiben aus. Seit 2008 verlassen mehr Menschen das Land als neu dazukommen.

Für strukturschwache Regionen ist diese Entwicklung der Todesstoß. Junge Menschen drängen seit je in die Städte, doch jetzt zeichnet sich ein echter Kulturwandel ab. Die Protagonisten der Wissensgesellschaft zieht es stärker als früher in die Metropolen und mit ihnen auch viele Unternehmen, die sich einen erbitterten Wettbewerb um die besten Köpfe liefern. Der gutausgebildete Nachwuchs will die Oper in der Nähe, Bundesliga-Stadion, Mehrspartentheater, Edel-Boutique, Sushi satt und Spitzenköche. Auf dem Land steht höchstens noch das Ferienhaus.

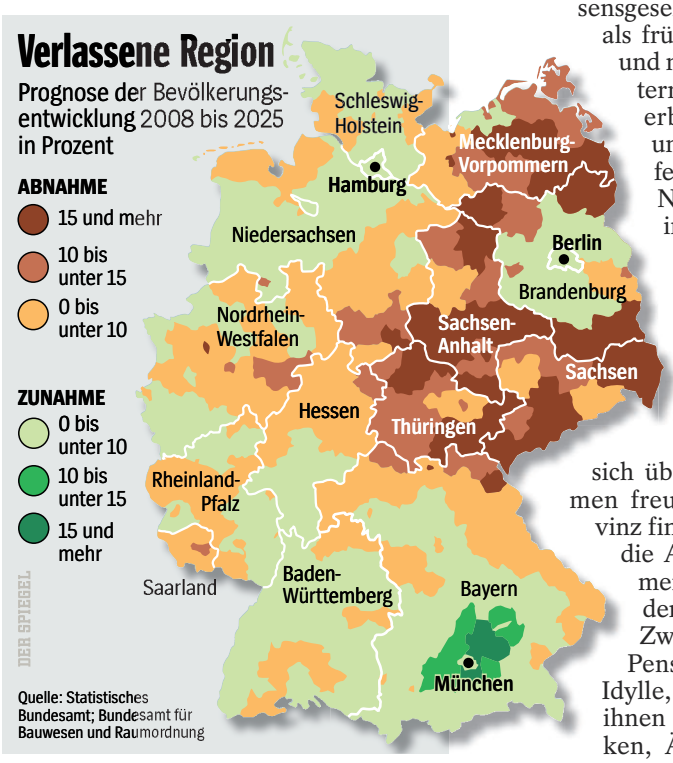
Die Städte können sich über mehr Steuereinnahmen freuen, während die Provinz finanziell verdorrt. Selbst die Alten, deren Anteil immer weiter steigt, werden den Trend nicht aufhalten. Zwar mögen die rüstigen Pensionäre die ländliche Idylle, doch noch mehr steht ihnen der Sinn nach Apotheken, Ärzten und ortsnahen Geschäften. Von Ruheständlern können höchstens noch Kleinstädte profitieren.

Die Re-Urbanisierung schlägt sich in den Statistiken nieder: Drei Viertel jener Regionen, die heute mehr als ein Prozent Bevölkerung gewinnen, sind kreisfreie Städte. Sie wachsen und mit ihnen ihre Speckgürtel. In Starnberg vor den Toren Münchens liegt das verfügbare Einkommen inzwischen bei 157 Prozent des deutschen Mittelwerts. Im vorpommerschen Uecker-Randow sind es nur noch 73 Prozent.

Bergbau, Stahlindustrie, Schiffbau und die klassischen Fertigungsindustrien waren im vergangenen Jahrhundert das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Deren Niedergang markiert den Anfang vom Ende – vor allem in der Provinz. Zuerst verfällt die Fabrik, dann schließen die Geschäfte, erste Häuser stehen leer, der Nachwuchs wandert ab, die Rentner bleiben sich selbst überlassen.

Wie in Ostdeutschland muss sich die Politik nun auch im Westen entscheiden, die Fördermittel weiterhin in verlorene Regionen zu pumpen oder sie den Wölfen zu überlassen. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung kommt zu dem Schluss, dass es aus „finanziellen und ökologischen Gründen“ nicht sinnvoll sei, in dünnbesiedelten Regionen flächendeckend Infrastruktur zu erhalten. In bestimmten Gebieten solle die Landflucht sogar gezielt gefördert werden. „Denn weniger Menschen werden in Zukunft auch in weniger Orten leben.“ Kleine, vom Verkehr abgeschnittene Dörfer würden irgendwann aufgegeben.

Womöglich wird Rambach so ein Ort sein, Rambach in Nordhessen. 1995 ge-



wann es den bundesweiten Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“. Ein altes Holzschild am Ortseingang erinnert an den großen Triumph, der zeigte, dass doch etwas wachsen kann, so kurz hinter dem einstigen Todesstreifen zur Deutschen Demokratischen Republik.

Als Streckmetallzaun und Selbstschussanlagen verschwanden, sanierten sie ihre Fachwerkhäuser am einstigen Zonenrand, stellten neue Straßenlaternen auf, bauten ein Dorfgemeinschaftshaus. Rambach, Ortsteil der Gemeinde Weißenborn, lag plötzlich in der Mitte Deutschlands, im Zentrum Europas. Und fühlte sich als Nabel der Welt.

Eine Rundfahrt durch Weißenborn ist noch heute ein Erlebnis. Bürgermeister Friedhelm Kerl sitzt am Steuer seines Kleinwagens, zeigt abwechselnd nach links und nach rechts. „Das Haus da steht leer“, sagt er, „und das ist leer, das da hinten ist leer und das da auch.“ In Rambach geht es scharf nach links, dann quietschen die Bremsen: „Und in dieser Straße wird demnächst überhaupt niemand mehr wohnen.“

Kerl ist jetzt Mitte 50. Er hat 1993 im Überschwang ein neues Haus auf die grüne Wiese gebaut. „Viel würde ich heute nicht mehr dafür kriegen“, knurrt er resigniert. 16 Jahre nach der Goldplakette können sie in Weißenborn nur noch eines sanieren: den Haushalt. Kerl firmiert, zur Entlastung der klammen Gemeindekasse, als letzter ehrenamtlicher Bürgermeister Hessens. In seinem Schreibtisch liegen bedrohliche Statistiken. 404 Wohngebäude gibt es, jedes zehnte davon ist leer. Die Einwohnerzahl schrumpfte in den letzten 15 Jahren um 15 Prozent auf 1215.

In den kommenden Jahren geht es erst richtig bergab. Nach einer Prognose des Hessischen Rechnungshofs soll sich die Zahl der potentiell steuerzahlenden Weißenborner im arbeitsfähigen Alter bis 2050 mehr als halbieren. „Gruselig“, jammert der Bürgermeister. Schon jetzt stechen ihm die Folgen der Landflucht in die Nase. Die Abwasserkanäle drohen zu verstopfen, weil nicht mehr genug Bewohner den Wasserhahn aufdrehen. Manchmal streikt die Kläranlage, weil die Bakterien nicht genug Futter bekommen.

Noch gibt es wenigstens eine Grundschule, doch die muss jahrgangsübergreifend unterrichten, um die Klassen zu füllen. Lange geht das nicht mehr gut.

Dabei ist die Furcht, die sich in den westdeutschen Randgebieten breitmacht, vor allem die Folge einer jahrelangen Verdrängung. Im Westen hätten Politiker das Problem lange nicht ernst genommen, glaubt Steffen Kröhnert vom Berlin-Institut. Düstere Bevölkerungsprognosen seien über Jahrzehnte missachtet worden. Zunächst fiel das keinem auf, weil sich nach 1989 viele Ostdeutsche in Orten wie Weißenborn ansiedelten. Fast zwei Millionen Menschen sind per saldo von Ost nach West gezogen. Jetzt ist der Trend rückläufig.

Inzwischen ist die Politik alarmiert. Bis zum nächsten Jahr will die Bundesregierung eine „Demografie-Strategie“ erarbeiten, eine Art Notfallprogramm gegen Bevölkerungsschwund. Und noch im Herbst soll das Bundesinnenministerium ein Konzept zum Eingrenzen der Landflucht präsentieren.

Es gibt Regionen in Deutschland, in denen Experten inzwischen am Kies bestimmen können, wie es um ein Dorf bestellt ist. Otmar Weber ist so ein Fachmann. Seit 30 Jahren ist der Saarländer im Staatsdienst, auf seiner Visitenkarte steht „Leiter Agentur Ländlicher Raum“. Mit rotem Schal steht er vor einem Haus und zeigt auf die Kieselsteine im Vorgarten. „Da wohnen wahrscheinlich Leute über 60, die mit der Gartenarbeit bald überfordert sein werden.“ Deshalb hätten die Besitzer schon mal kleine Steine eingestreut, das ist pflegeleicht und sieht trotzdem ordentlich aus.

So wird die Kiesmenge zu einem Indikator für den Altersdurchschnitt eines Dorfes, zum Menetekel des beginnenden Verfalls.

Weber hält inzwischen bundesweit Vorträge zum Thema. Er hat sogar eine eigene Sprache entwickelt, um dem Tod auf Raten seinen Schrecken zu nehmen. Der 56-Jährige spricht vom „kreativen Abriss“ und verkündet den großartigen Slogan: „Mehr Dorf für weniger Menschen.“

Weber ist ein gefragter Mann. Seit Jahren liegt in den saarländischen Vorgärten immer mehr Kies. Auch in Neuweiler bei Sulzbach gibt es jede Menge davon, während andere Dinge in dem Ort rar geworden sind. „Wir hatten mal ein Schuhgeschäft, Lebensmittelläden, zwei Tankstellen“, zählt Michael Kleinz auf, „die Grundschule wurde schon vor Jahren geschlossen, und da hinten war mal ein Tapetengeschäft.“

Der Betriebswirt ist Vorsitzender der Siedlergemeinschaft „Brennender Berg“, er hat Weber zu einem Besichtigungstermin gebeten. Es ist kalt. Nieselregen dringt langsam durch die Jacken. Auf dem verwilderten Bouleplatz, auf dem sie mit hochgezogenen Schultern stehen, rollt seit Jahren keine Kugel mehr, der verlassene Festplatz ist inzwischen ein Parkplatz. Früher, murmelt Kleinz in die Kälte, habe es viele und große Feste in Neuweiler gegeben. Jetzt gibt es nicht mehr viel zu feiern. „Was fühlen Sie, was Ihrem Dorf fehlt?“, fragt Weber vorsichtig. Kleinz zuckt mit den Schultern: „Wir vergreisen einfach.“

Die Symptome sind wie überall auf dem flachen Land. Erst gibt es nicht genug Arbeit vor Ort, die Menschen pendeln. Auf dem Weg kaufen sie ihre Lebensmittel ein, die Geschäfte im Dorf schließen. Die Vereine lösen sich auf, der Zusammenhalt schwindet. Die Ersten wandern ab. Ein Trend ist gesetzt, das Ende vorbestimmt.

Für Weber ist Neuweiler ein typischer Fall. Im ganzen Saarland wird die Bevölkerung bis 2030 um 130 000 Einwohner auf 890 000 Menschen schrumpfen, so schnell wie in keinem anderen Bundesland. Auch Weber kann keine Wunder vollbringen. Er kann 3000 Euro als eine Art Soforthilfe vom Wirtschaftsministerium vermitteln – vorausgesetzt, die Dörfler steuern selbst Ideen und Arbeitsstunden bei. Für ein Seniorencafé oder einen Dorfladen. Für einen Rosenpavillon oder eine neue Parkanlage. Hauptsache, die Bänke haben bequeme Rückenlehnen. Für die betagten Spaziergänger.

Doch am Ende ist das womöglich nur Sterbehilfe. Hatte nicht der Westen im-

TORSTEN SILZ DAPD / DDP IMAGES / DAPD

Rentner in der Provinz: *Hauptsache bequeme Bänke*

mer wieder gefragt, ob es wirklich Sinn ergebe, ständig neue Fördergelder in die verlorenen Regionen des Ostens zu pumpen? Und jetzt soll es ausgerechnet in Bayern, einem der Kernländer der alten Bundesrepublik, genauso geschehen? Denn Seehofers Zukunftsrat fasst die Lage so zusammen: „Bayern wird München." Die Gruppe um den früheren McKinsey-Chef Herbert Henzler rechnet vor, dass 23 Prozent des bayerischen Bruttoinlandsprodukts in der Landeshauptstadt erwirtschaftet werden. Solche Metropolregionen müssten gezielt gefördert werden.

Und auf dem Land gehen die Lichter aus. Der Berliner Demografie-Forscher Kröhnert sieht voraus, dass „teure Abwasserkanäle für Orte mit 20 Rentnern wirtschaftlich untragbar sind". Die Politik habe zu lange die Illusion verbreitet, gleiche Standards im ganzen Land gewährleisten zu können.

Im saarländischen Illingen wird bereits der Untergang zelebriert. „Jeden Abriss eines Schandflecks machen wir zu einem Event", frohlockt Bürgermeister Armin König, ein Mann mit Meckischnitt und Knopf im Ohr. Es gibt ein Fest mit Freibier, und alle Nachbarn packen mit an.

König hatte sein Erweckungserlebnis, als eine Studentin für ihre Diplomarbeit die leeren Häuser der Stadt zählte. Sie kam auf fast hundert. Der Bürgermeister beschloss, „nichts mehr schönzureden". Seither liegen im Rathaus Karten mit kleinen roten Klebepunkten und lila Quadraten. Rot sind alle Häuser, in denen der jüngste Bewohner 70 oder älter ist. Lila bedeutet Leerstand. Jetzt geht es um Abriss und nicht mehr um Neubau.

Illingen 2030 bedeutet für König 4000 Einwohner weniger. Statt 20 000 nur noch um die 16 000. Er beschäftigt jetzt eine Leerstandsmanagerin. Sie verhandelt mit Eigentümern, klärt Rechtsfragen, damit die Bagger rollen und Wände fallen können. 16 Gebäude wurden bereits abgeräumt.

Es ist diese zupackende Art, die auch von jenen Experten empfohlen wird, die das Große und Ganze im Blick haben. Henzler, der Ex-McKinsey-Mann, musste sich für die Vorschläge seines bayerischen Zukunftsrats harsche Kritik aus allen Parteien und den meisten Regionen anhören. Seehofer ruderte in Teilen zurück und will nun gar gleichwertige Lebensverhältnisse für ganz Bayern in der Verfassung festschreiben lassen. Doch Henzler warnt ungerührt davor, „die Dinge treiben zu lassen". Es gebe eine „Abstimmung mit den Füßen". Das Gebot der Stunde sei es, sich auf Schwerpunkte zu konzentrieren.

Übermäßige Härte nennen das die einen, Realismus die anderen. Karl-Heinz Petzinka mag diese Härte, den Rigorismus. Der hochgewachsene, sonnengebräunte Architekt residiert in einem Büro mit deckenhohen Fensterfronten in der früheren Kohlenwäsche der stillgelegten Zeche Nordstern in Gelsenkirchen. Er trägt ein Hemd mit Monogramm und philosophiert über die Zukunft des nördlichen Ruhrgebiets, also jener alten Bergbauregion rund um Städte wie Recklinghausen, bei denen Prognos „Zukunftsrisiken" sieht.

NORBERT ENKER / DER SPIEGEL

UWE BELLHÄUSER / DAS BILDERWERK / DER SPIEGEL

Landentwickler Petzinka, Weber
Paradies für naturnahes Wohnen

In Deutschlands größtem Ballungsraum lebt der Norden zu einem Gutteil von Staatsgeldern. In den frühen fünfziger Jahren boomte der Kohlebergbau, 1957 gab es rund 140 Steinkohlebergwerke an der Ruhr. In den sechziger Jahren kam die Billigkohle aus China, Osteuropa und den USA, es kamen Erdgas und Öl. Statt konsequent Arbeitsplätze in der Dienstleistungsbranche zu entwickeln, lebte die Region von Kohlesubventionen. Mehr als eine halbe Million Industriearbeitsplätze brachen im Ruhrgebiet in den vergangenen 30 Jahren weg.

Petzinka, Professor für Baukunst an der Kunstakademie Düsseldorf und Geschäftsführer zweier Wohnungsbaugesellschaften im Ruhrgebiet, fordert inzwischen auch, dass „dorthin, wo wenig ist, keine weiteren Subventionen fließen sollten".

Der Professor spricht ungern über hohe Arbeitslosenzahlen, abgewanderte Industriebetriebe, verödete Stadtteile. Petzinka redet lieber über Chancen. Und die sieht er für den wirtschaftlich abgehängten Nordrand des alten Ruhrgebiets vor allem in einer Art Wohnlandschaft mit hohem Freizeitwert. Ein Freizeitpark West sozusagen, der von Arbeit nicht allzu sehr gestört wird.

Wo einst das Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre begann, sieht Petzinka bereits ein „Paradies für bezahlbares, naturnahes Wohnen" entstehen, mit Seen zum Segeln und dem aufgeforsteten Wald zum Marathon-Training um die Ecke. In der sächsisch-brandenburgischen Lausitz gibt es ein ähnliches Projekt – mit viel Wasser, Luft, Rennboten, aber wenig Menschen und einigen Wölfen.

Andernorts werden Ausländer akquiriert. Emissäre aus Einbeck, Uslar und Dassel tourten Mitte Februar zur Auswanderermesse ins niederländische Utrecht. Sie präsentierten ihre niedersächsischen Gemeinden forsch als attraktive Altersruhesitze, warben mit den niedrigeren Immobilienpreisen, den Vorzügen des Mittelgebirges und Klimasicherheit: „Im Gegenzug zu Holland können wir nicht absaufen." Angeblich ist ein Paar tatsächlich umgezogen.

Und wenn es mit dem Zuzug nicht klappt, wird zur Not eben künstlich vergrößert. In Niedersachsen werden aus Gemeinden Samtgemeinden und aus Samtgemeinden Einheitsgemeinden. Ein Gutachter soll sogar die Vorteile einer Großfusion der Landkreise Göttingen, Osterode, Holzminden und Northeim analysieren. Das rettet nicht vor Landflucht, aber spart immerhin Verwaltungsausgaben.

Auf den großen Wurf der Politik warten sie in all diesen abgehängten Regionen der alten Bundesrepublik noch immer. Zumindest funktionieren die bekannten Reflexe aus der guten alten Zeit.

Der Bürgermeister der oberfränkischen Stadt Kronach schrieb gerade einen Brandbrief an Ministerpräsident Seehofer. Er forderte als Reaktion auf die Thesen des Zukunftsrates genau das, was sie dort ablehnen: Finanzhilfen, Gewerbeansiedlungen und eine neue Infrastruktur. Es habe immer wieder den Anschein, jammerte der Kommunalpolitiker, „dass vor allem Forderungen von uns Politikern aus der Region wie Schall und Rauch verhallen".

Der Schreck ist ihm in die Glieder gefahren. Die Region Kronach sei schließlich – anders als vom Zukunftsrat vorgeschlagen – stark daran interessiert, „sich nicht irgendwann dem Freistaat Sachsen angliedern zu müssen".

In Dresden werden sie aufgeatmet haben.

Matthias Bartsch, Andrea Brandt, Simone Kaiser, Maximilian Popp, Antje Windmann, Steffen Winter